

Willkommen? Abschiebungen, Solidarität und Kampf um das Bleiberecht

Abschiebungen sind – je nach politischer Haltung und ideologischer Verortung – entweder eine Maßnahme, die laut Paragraph 46 des Fremdenpolizeigesetzes zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit notwendig scheint“.¹ Oder Abschiebungen werden als Teil eines rassistischen Behördenapparats wahrgenommen, welcher menschliche Existenzen zerstört und die Regeln menschlicher Umgangsformen außer Kraft setzt, während die VertreterInnen jenes Apparats stets beteuern, nur „ihre Pflicht“ zu tun oder eben nur „die Gesetze“ zu vollziehen.²

Jedenfalls, und hier dürfte Einigkeit bestehen, handelt es sich bei Abschiebungen um ein staatliches Zwangsmittel zur gewaltvollen Außerlandesbringung von Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis bzw. zur Durchsetzung eines Einreise- oder Aufenthaltsverbots. Das zuständige Bundesministerium für Inneres (BMI) unterscheidet in seinen jährlichen fremdenrechtlichen Statistiken zwischen *freiwilliger Ausreise* der Menschen und *zwangsweiser Außerlandesbringung*. Für Betroffene ohne Bleiberechtsperspektive bedeutet dies, zumeist nach vielen Jahren ihr Leben in Österreich aufgeben zu müssen. Die vielen tausenden Abschiebungen jedes Jahr führen aber auch zu Unverständnis über diese Politik, zu bürgerInnen-schaftlichem Engagement und Solidarität mit Menschen, die unmittelbar von dieser Zwangsmaßnahme betroffen sind.

Marcus Omofuma – es war Mord!

In den letzten 20 Jahren wurde auf Abschiebungen in Österreich immer wieder mit politischen, medialen und aktivistischen Mobilisierungen reagiert. Der Tod von Marcus Omofuma am 1. Mai 1999 auf einem Abschiebeflug von Wien nach Sofia markiert dabei eine Zäsur, einen markanten Einschnitt im Umgang mit rassistischer Polizeigewalt in Österreich. Ohne diesen tödlichen Wendepunkt ist weder die entstehende Selbstorganisation von MigrantInnen noch die Herausbildung vielfältiger antirassistischer Gruppen in Österreich zu erklären.

Drei Fremdenpolizisten fixierten den 26-jährigen Mann mit Klebeband am Sitz, verklebten ihm damit Mund und Teile der Nase. Ein Zeuge sagte später aus, dass „zehn, zwanzigmal das Klebeband um seinen Kopf [ge]wickelt [wurde, Anm. SB], und dann noch gut zehn Meter um seinen Oberkörper, rauf und runter“.³ Derselbe Zeuge hörte auch zwei bis drei Schläge gegen den gefesselten Mann. Drei Pas-



Veranstaltung in Innsbruck am 1. Mai 2019 zum Gedenken an den Mord an Marcus Omofuma (Foto: Christian Niederwolfsgruber)

sagiere des Fluges sprachen die Fremdenpolizisten an und meinten, so könne man nicht mit einem Menschen umgehen. Nach einer halben Stunde Flugzeit wurde Marcus Omofuma auffallend ruhig. Um 21 Uhr landete die Maschine der „Balkan Air“ in Sofia. 18 Minuten später stellten Notärzte seinen Tod fest. Ein medizinisches Gutachten attestierte im Nachhinein: Tod durch Erstickten.⁴

All das würde wohl in einem ordentlichen Strafverfahren für eine Anklage wegen Mordes reichen. Im Fall von Marcus Omofuma wurden die 3 Beamten wegen „fahrlässiger Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen“ zu bedingten Haftstrafen von 8 Monaten auf Bewährung verurteilt. Sie konnten damit weiterhin als Polizeibeamte ihren Dienst versehen.⁵

Wenige Wochen nach dem Tod von Marcus Omofuma startete die Wiener Polizei eine groß angelegte Razzia unter dem Decknamen Operation Spring:⁶

„Die Medien verbreiteten das Konstrukt der nigerianischen Drogenmafia und ließen den Tod von Marcus als kriminalitätsbekämpfende Maßnahme erscheinen. Solidarität und Proteste hörten auf, prominente UnterstützerInnen begannen sich zu distanzieren.“⁷

Marcus Omofuma gilt als das erste Opfer staatlicher Abschiebepolitik in Österreich. Im Gedenken an den 20. Jahrestag seiner Ermordung veranstaltete das Kulturkollektiv Contrapunkt gemeinsam mit der rassismuskritischen Initiative [d]ort am 1. Mai 2019 einen Aktionstag mit Workshops gegen Rassismus im Innsbrucker Waltherpark.

Widerstand gegen Abschiebungen in Tirol

Öffentlichkeitswirksamen Widerstand gegen Abschiebungen und Solidarisierungen im Kampf um Bleiberechte gab es in den vergangenen Jahren in Tirol mehrfach. Besonders spektakulär war der Widerstand gegen die bevorstehende Abschiebung von Lamin J. im Mai 2011, die vorerst verhindert werden konnte. Damals wurde stundenlang die Haller Polizeistation blockiert.⁸

Im Folgenden soll anhand von vier aktuellen Beispielen politischer Auseinandersetzungen veranschaulicht werden, dass nicht alle Menschen mit der herrschenden rassistischen Vorgehensweise österreichischer Bundesregierungen gegenüber geflüchteten und schutzsuchenden Menschen einverstanden sind. Sie solidarisieren sich mit den Betroffenen und leisten Unterstützung. Eine Darstellung dessen ist dem Gedanken geschuldet, diese „vergessenen politischen Kämpfe“ als notwendigen Widerspruch zur Selbstverortung einer demokratischen Gesellschaft zu begreifen. Denn wie liberal-demokratisch kann eine Gesellschaft sein, wenn sie Menschen aufgrund ihres Geburtslandes ihrer Möglichkeiten und Perspektiven beraubt, den Zugang zu Lohnarbeit verwehrt, sie in entlegene Abschiebelager steckt und in Kriegsgebiete abschiebt?

Eine Stadt steht auf –

Proteste gegen die Abschiebung von Magomed Magomedov

Am 8. Mai 2018 sprach sich der Gemeinderat von Lienz einstimmig – auch mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ – für einen Beschluss aus, die fünfköpfige Familie Magomedov aus der russischen Republik Dagestan beim Verbleib in Osttirol zu unterstützen. Die Familie Magomedov mit Vater Magomed und Mutter Nasibat Kamelova Magomedov kam 2013 mit ihren beiden Töchtern Salikhat und Alia nach Österreich. Das dritte Kind, Safia, wurde in Österreich geboren.⁹ Bereits im Februar 2018 brachte die Familie einen Antrag auf humanitären Aufenthalt ein, nachdem die Asylverfahren in allen Instanzen negativ entschieden wurden. Innerhalb eines Monats unterzeichneten über 4.000 Menschen die Online-Petition für den Verbleib der Familie in Osttirol.¹⁰ Am Montag, 17. September 2018 wurde Magomed Magomedov um 8 Uhr vor einem Lienzer Kindergarten verhaftet und in Wien in Schubhaft genommen. Die UnterstützerInnen sprachen von „zynischem Verhalten“ des BFA (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl), welches, so die Bürgermeisterin Elisabeth Blanik „jeder Menschlichkeit widerspreche“.¹¹ Der Schubhaftbescheid gegen den Vater sowie die Ausreiseanordnung gegenüber der restlichen Familie wurde an einem Freitagabend um kurz nach 18.30 Uhr der zuständigen Rechtsanwaltskanzlei in Innsbruck zugestellt. Zu einer Zeit, als diese bereits geschlossen hatte und noch keine Entscheidung über einen humanitären Aufenthalt vonseiten des BFA vorlag.¹²

Sechs Tage später kamen rund 1.000 Menschen am Lienzer Hauptplatz zusammen, um sich gegen die Abschiebung der Familie Magomedov auszusprechen – eine für eine politische Demonstration in Osttirol beeindruckende Zahl.¹³ Am 25. Sep-

tember 2018 bestätigte das BMI die Abschiebung nach Moskau und anschließend weiter nach Machatschkala, der Hauptstadt von Dagestan.¹⁴ Zu diesem Zeitpunkt war die restliche Familie bereits untergetaucht, damit „sie sich dem rassistischen Behördenapparat entziehen können und solidarische Unterstützung durch Menschen finden, die sich aktiv gegen dieses Unrecht stellen“,¹⁵ wie die Plattform Bleiberecht Innsbruck in einer Aussendung ihrer Hoffnung Ausdruck verlieh.

Nach fast drei Monaten gab Nasibat Kamelova Magomedov bekannt, „sie habe keine Kraft mehr, weiterhin in Österreich versteckt zu leben und auf eine positive Entscheidung zu warten. Und die Kinder vermissen den Vater“.¹⁶ Die Mutter mit den drei Kindern entschied sich im Dezember 2018 schließlich für die freiwillige Ausreise nach Dagestan, nachdem wenige Wochen zuvor der Bundesverwaltungsgerichtshof den Antrag auf humanitäres Bleiberecht abgelehnt hatte. In einem letzten Gespräch vor der Ausreise bedankte sie sich für die breite Unterstützung: „Vor allem möchte ich ‚Danke‘ sagen bei allen Menschen, die uns geholfen haben. Es war eine schwierige Zeit, aber auch eine Zeit voller schöner Begegnungen!“¹⁷

Geht's der Wirtschaft gut? Abschiebung statt Lehre

Drei Viertel der Unternehmen gaben 2018 bei einer Befragung durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) an, unter einem Fachkräftemangel zu leiden. Für den zusätzlichen Arbeitskräftebedarf wurde eine Zahl von über 160.000 Personen genannt. 60 Prozent der offenen Stellen bleiben über ein halbes Jahr unbesetzt.¹⁸ Die österreichische Wirtschaft benötigt für weiteres Wachstum und höheren Profit mehr ArbeiterInnen und Angestellte, als momentan in Österreich leben.

Ein ministerieller Erlass des Sozialministers Rudolf Hundstorfer (SPÖ) aus dem Jahr 2012 ermöglichte AsylwerberInnen die Lehrausbildung in einem Mangelberuf. Im September 2018 hob der zu diesem Zeitpunkt amtierende Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) diesen Erlass auf. Damit wurden Abschiebungen von Lehrlingen während ihrer Ausbildungszeit wieder ermöglicht.¹⁹ Der oberösterreichische Landesrat Rudi Anschober (Grüne) gründete daher die Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ mit dem Ziel, dass AsylwerberInnen auch nach einem Negativbescheid ihre Ausbildung fortsetzen und erste wertvolle Arbeitserfahrungen in Österreich sammeln können. Die Lehre in Mangelberufen ist eine der wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylwerbende. Diese Forderung wird mittlerweile (Stand Juli 2019) von 75.000 Menschen, über 1.600 Unternehmen und 114 Gemeinden unterstützt.²⁰

In Tirol, traditionell ein Bundesland mit hoher Nachfrage in den Mangelberufen des Bau- und Gastronomiegewerbes, wurden im letzten Jahr zwei Abschiebefälle öffentlich diskutiert. Abraham, 20 Jahre alt und aus Nigeria nach Österreich geflüchtet, begann im Juli 2018 eine Kellnerlehre in einem Innsbrucker Gastronomiebetrieb. Seine Beschäftigungsbewilligung wurde für drei Jahre bis

2021 erteilt und er stand kurz vor der B1-Deutschprüfung.²¹ Doch ein negativer Asylbescheid hatte ein Abschiebeverfahren zur Folge. FreundInnen von Abraham starteten eine Online-Petition für dessen Verbleib, PolitikerInnen der ÖVP und Grünen äußerten sich kritisch zur Praxis der österreichischen Bundesregierung und das BFA sagte schlussendlich seine Weihnachtsfeier in genau jenem Restaurant ab, in welchem Abraham seit wenigen Monaten arbeitete.²² Ende Mai 2019 musste er – trotz Deutschkenntnissen auf dem Sprachniveau B1, besten Arbeitszeugnissen, vielen Unterstützungsschreiben und einer laut Richter noch nie zuvor in seiner Spruchpraxis gesehenen Integration – nach Nigeria ausreisen.²³

30 Monate lang war der aus Armenien geflüchtete 18-Jährige Tengis Lehrling in einem Leutascher Hotel. Bis an einem Samstag Ende Mai 2019 die Fremdenpolizei im Betrieb auftauchte, Tengis festnahm und ihn mitsamt seiner Familie zwei Tage später nach Armenien abschob. Er habe mit Tengis einen seiner fähigsten Mitarbeiter verloren, wird der Hotelier zitiert, der am Sonntagabend noch selbst vor die Innsbrucker Schubhaft gefahren war, um dort nach Tengis und seiner Familie zu suchen. Es sei Druck seitens der Wirtschaftskammer auf die Bundesregierung notwendig, um solche Abschiebungen auszusetzen, bemerkte er kritisch. Die Wirtschaftskammer selbst spricht allein in Tirol von rund 100 Betroffenen und fordert ebenfalls ein Bleiberecht für Lehrlinge.²⁴ Ende Juni 2019 brachte die Tiroler Landesregierung einen Dringlichkeitsantrag ein, wonach AsylwerberInnen, die eine Lehre in einem Mangelberuf in Tirol beginnen oder begonnen haben, diese auch abschließen können sollen.²⁵

Afghanistan is not safe – Bleiberechtskampf vor der Innsbrucker Schubhaft

Im Mai 2018 startete die österreichweite Kampagne „#Sicher Sein. Engagiert gegen Abschiebungen nach Afghanistan“. Das Land am Hindukusch ist weiterhin Kriegsgebiet. 2017 starben knapp 20.000 Menschen bei Kampfhandlungen und Anschlägen.²⁶ Allein in der Hauptstadt Kabul kamen bei Anschlägen im Jahr 2018 mehr als 500 Menschen ums Leben.²⁷ Das österreichische Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres schreibt in seiner offiziellen Reisewarnung: „Den in Afghanistan lebenden Auslandsösterreichern sowie Österreichern, die sich aus anderen Gründen in Afghanistan aufhalten, wird dringend angeraten das Land zu verlassen.“²⁸

Bis vor wenigen Jahren war es für EU-Staaten nicht denkbar, Abschiebeflüge in das Bürgerkriegsland Afghanistan durchzuführen. Österreich war Ende 2016 zusammen mit Schweden eines der ersten EU-Staaten, die damit begannen. Zwischen Jänner 2017 und Ende September 2018 wurden insgesamt 223 Menschen aus Österreich in die afghanische Hauptstadt Kabul abgeschoben.²⁹ Für die Ausstellung von Reisedokumenten für abgelehnte AsylwerberInnen erhält der afghanische Staat im Gegenzug von der EU 1,2 Milliarden Euro Finanzhilfe bis 2020.³⁰

Im April 2018 sorgten Medienberichte über eine sogenannte „Abschiebewelle“, angeblich bis zu 400 Festnahmeanträge, für massive Verunsicherung in der afgha-

nischen Community, die in Österreich knapp 46.000 Menschen umfasst.³¹ Neben den zwangsweisen Abschiebungen wählten viele afghanische Geflüchtete aufgrund der Perspektivenlosigkeit in Österreich die freiwillige Ausreise. Tatsächlich sank die Zahl der AfghanInnen im Jahr 2018 um über 1.000 Menschen gegenüber dem Vorjahr.³²

Ende Mai 2019 wurde der junge afghanische Mann Esmat an einem Sonntagnachmittag in seiner Privatwohnung verhaftet und in das PAZ (Polizeianhaltzentrum) Kaiserjägerstraße in Innsbruck gebracht. Er konnte UnterstützerInnen über seine Verhaftung informieren. Daraufhin demonstrierten noch am selben Abend rund 40 Menschen vor der Schubhaft dafür, mit ihm Kontakt aufnehmen zu können. Es wurde ihnen verweigert.³³ Am nächsten Morgen kam Esmat in das PAZ Rossauer Lände in Wien. In der Nacht von 28. auf 29. Mai 2019 waren 28 afghanische Menschen aus Schweden und 25 aus Österreich und Bulgarien, darunter auch Esmat, in einem Charterabschiebeflug der privaten Fluglinie Titan Airways von Stockholm über Wien-Schwechat nach Kabul.³⁴ Eine Woche zuvor wurden 24 Personen aus Afghanistan von den deutschen Polizeibehörden abgeschoben.³⁵ Wenige Tage später nahmen über 200 Menschen bei der Demonstration „Abschiebungen stoppen“ in Innsbruck teil.³⁶

„Wir wollen leben wie Menschen“ – Hungerstreik am Bürglkopf

Am 3. Juni 2019 traten 17 der rund 40 BewohnerInnen in der Rückkehrberatungseinrichtung Bürglkopf/Fieberbrunn in Tirol in den politischen Hungerstreik. Eine Woche zuvor hatte eine PolitikerInnen-Delegation mit MedienvertreterInnen die extrem entlegene und schon seit vielen Jahren in Kritik stehende Einrichtung des BMI zur Abschiebung von Menschen besucht und dessen Schließung gefordert.³⁷ Das Leben und die Situation geflüchteter Menschen am Bürglkopf, 1.250 Meter hoch gelegen und nur über eine sieben Kilometer lange Forststraße erreichbar, ähnelt schon seit vielen Jahren einer „black box“ – einer dunklen Kiste, in der nichts hinein- und auch nichts herausdringt. Antirassistische Organisationen sprachen schon 2014 von einer „Einrichtung zur Disziplinierung und Bestrafung“,³⁸ nachdem das Land Tirol das dortige Flüchtlingsheim schloss und das BMI kurz darauf als Mieter eine Bundesbetreuungseinrichtung installierte. Seit November 2017 werden die Gebäude am Bürglkopf in Fieberbrunn als Rückkehrzentrum oder in deutlicheren Worten als Abschiebelager genutzt. Zwei solcher Einrichtungen gibt es in Österreich: eine am Bürglkopf im Tiroler Unterland und eine in Schwechat nahe Wien. Noch die Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP hat dieses Projekt umgesetzt.

Die Geflüchteten am Bürglkopf haben zu einem Großteil rechtskräftig negative Asylverfahren und sollen dem Wunsch des BMIs folgend, möglichst rasch in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Dabei setzt das Ministerium auch auf eine Zermürbungstaktik: Geflüchtete aus Ostösterreich werden auf den Bürglkopf, jene aus Westösterreich nach Schwechat gebracht, damit jeder bisherige Kontakt zu UnterstützerInnen und FreundInnen abbricht.

Am 15. Juni sprachen BewohnerInnen der Abschiebeeinrichtung bei einer Kundgebung in Fieberbrunn. „Wir wollen leben wie Menschen“ und „Es ist hier wie im Gefängnis“ waren ihre Wortmeldungen.³⁹ Zwischenzeitlich wurde eine Online-Petition gestartet, welche sowohl die sofortige Schließung der beiden Rückkehrzentren als auch die Unterbringung der BewohnerInnen in Grundversorgungseinrichtungen der Bundesländer forderte. Bis Mitte Juli 2019 unterzeichneten digital und händisch fast 6.000 Menschen diese Petition. Der Forderung schlossen sich auch Amnesty International, Asyl in Not, der Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol, der evangelische Superintendent für Salzburg und Tirol sowie der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde für Tirol und Vorarlberg an. Letzterer schrieb in seiner Stellungnahme:

„Es ist noch keine 100 Jahre her, dass Zehntausende Österreicherinnen und Österreicher vor dem Volkszorn und einem grausamen Regime flüchten mussten, in der Hoffnung, irgendwo anders überleben und ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Heute fliehen Menschen aus denselben Gründen – und mit denselben Hoffnungen – aus ihren Heimatländern und suchen Schutz in unserem Land.“



Der Banner mit der Aufschrift „Hungerstreik“ wurde von den BewohnerInnen am Bürglkopf direkt unterhalb des Abschiebelagers angebracht. (Foto: Initiative Bürglkopf schließen)

Eine Einrichtung wie das Rückkehrzentrum Bürglkopf in Fieberbrunn ist definitiv keine menschenwürdige Unterbringung für Asylwerberinnen und Asylwerber. Es erinnert viel mehr an ein Straflager aus längst überwunden geglaubten Zeiten.“⁴⁰

Solidarische UnterstützerInnen in Innsbruck formierten sich in der Initiative „Bürglkopf schließen“ und begannen Mitte Juni 2019 einen mehrtägigen Solidaritätshungerstreik vor dem Innsbrucker Landesmuseum. Neben konkreter Unterstützung der politisch kämpfenden Menschen am Bürglkopf, versuchte die Initiative auch eine kritische Öffentlichkeit herzustellen und die Ereignisse in dem Abschiebelager auf ihrer facebook-Seite zu dokumentieren.⁴¹ Innenminister Wolfgang Peschorn sowie sein Ministerium ließen sehr schnell erkennen, nichts an Faktum und Funktion der Abschiebelager zu ändern. Die dort untergebrachten Personen hätten jederzeit die Möglichkeit, freiwillig auszureisen, und die Einrichtung sei auf einen zeitlich begrenzten Aufenthalt ausgelegt, wurde dem Radiosender FM4 in einer Reportage diktiert.⁴²

Nach 16 Tagen befanden sich immer noch sieben Menschen am Bürglkopf im Hungerstreik. Unter ihnen auch der aus Irak stammende Sedat. Er lebte zuvor in Amstetten und besuchte Deutschkurse. Nach einem negativen Asylbescheid musste er auf den Bürglkopf. Nach acht Monaten dort oben am Berg, ohne Leben, ohne NachbarInnen, aber mit viel Schnee, sagte er im Gespräch, dass man im Gefängnis zumindest wisse, wie lange man bleiben müsse. Hier oben aber wisse man gar nichts.⁴³

In Wien fanden mehrere Solidaritätskundgebungen und -veranstaltungen für die Schließung der Rückkehrzentren statt. In Innsbruck wurde ebenfalls versucht, den Protest auf die Straße zu tragen und auf die Situation im 100 Kilometer entfernt liegenden Bürglkopf/Fieberbrunn aufmerksam zu machen. Doch die mediale und politische Aufmerksamkeit ließ nach. Das BMI versuchte, den politischen Gehalt der Hungerstreikenden in einer Aussendung Anfang Juli kleinzureden, in dem die Polizeibehörde von einem „nicht durchgängigen Streik“ sprach.⁴⁴ Nach 44 Tagen befand sich noch ein Bewohner im Hungerstreik,⁴⁵ nach 46 Tagen wurde der Hungerstreik beendet.⁴⁶ Währenddessen berichtete die Initiative „Bürglkopf schließen“ von weiteren Abschiebungen „von dem offenen Gefängnis am Bürglkopf in aller Stille, abgeholt und zurück zur Gefahr geschickt, die sie in ihren oder anderen Ländern erwartet“.⁴⁷ Das System der Abschiebelager funktioniert noch immer. Doch die *black box Bürglkopf* wurde (vorerst) durchbrochen und eine kritische und solidarische Öffentlichkeit geschaffen.

Was bleibt?

Die vier angeführten Beispiele zeigen, dass sich die Argumente und Formen des Widerstands gegen Abschiebungen sehr stark unterscheiden können. Sie können auf einen Einzelfall fokussieren wie bei der Familie Magomedov, sodass selbst FP-Gemeinderäte sich gegen eine Abschiebung aussprechen. Es können aber auch wirtschaftliche Gründe sein, um sich in der Frage der Abschiebung von Lehrlingen deutlich für ein Bleiberecht zu positionieren. Wenn Menschen nach Afghanistan abgeschoben werden, ruft dies neben individueller Unterstützung auch strukturelle Kritik hervor. Schließlich ist das Land am Hindukusch seit über 40 Jahren im Kriegszustand. Es gibt nicht viele EU-Staaten, die Abschiebungen nach Kabul durchführen. Der Hungerstreik am Bürglkopf war ein beeindruckendes Zeichen eines kollektiven Kampfes geflüchteter Menschen – zusammen mit solidarischen UnterstützerInnen – für ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Würde. Wie es mit den beiden Rückkehrzentren, der Lehrlingsfrage für AsylwerberInnen und mit der Abschiebepolitik im Allgemeinen weitergehen wird, wird wesentlich davon abhängen, ob eine an Menschenrechten orientierte Migrations- und Asylpolitik Mehrheiten im neu gewählten österreichischen Parlament finden wird. Angesichts einer in der EU erstarkten reaktionären und rassistischen Rechten ist zum einen Widerstand und Solidarität *von unten* sowie eine breit aufgestellte Bleiberechtsbewegung notwendig, um Änderungen im Sinne gleicher und universaler Rechte aller Menschen herzustellen.

Anmerkungen

- 1 Rechtsinformationssystem des Bundes, <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40205430/NOR40205430.pdf>, 1.9.2018, S. 1 (Zugriff 19.4.2019).
- 2 Plattform Bleiberecht Innsbruck, 23.9.2018, <https://plattform-bleiberecht.at/eine-ganze-stadt-gegen-eine-abschiebung/> (Zugriff 19.4.2019).
- 3 Werner Eder: Die Deportation des Marcus Omofuma – eine Broschüre von Werner Eder, 2009, <http://no-racism.net/upload/869346087.pdf>, S. 2 (Zugriff 19.4.2019).
- 4 Ebd. S. 3–5.
- 5 noracism.net, 7.4.2019, <http://no-racism.net/article/5530/> (Zugriff 19.4.2019).
- 6 GEMMI – Gesellschaft für Menschenrechte von Marginalisierten und MigrantInnen: 1000 Jahre Haft. Operation Spring und institutioneller Rassismus. Resümee einer antirassistischen Gruppe, Wien 2005, S. 12–13.
- 7 Ebd. S. 3.
- 8 Martin Haselwanter: Für eine grenzenlose Welt, in der wir keine Pässe mehr brauchen. Breiter Widerstand gegen die Abschiebung von Lamin Jaithe, in: Alexandra Weiss u. a. (Hg.), Gaismair-Jahrbuch 2012: Demokratie – Erinnerung – Kritik, Innsbruck 2011, S. 38–47.
- 9 tt.com, 10.5.2018, <https://www.tt.com/panorama/gesellschaft/14334651/lienz-gemeinde-rat-setzt-sich-gegen-familien-abschiebung-ein> (Zugriff 29.5.2019).
- 10 <https://www.openpetition.eu/at/petition/statistik/familie-magomedov-muss-bleiben> (Zugriff 29.5.2019).
- 11 dolomitenstadt.at, 19.9.2018, <https://www.dolomitenstadt.at/2018/09/19/blanik-das-vorgehen-wider-spricht-jeder-menschlichkeit/> (Zugriff 29.5.2019).
- 12 Ebd.

- 13 tirol.orf.at, 24.9.2018, <https://tirol.orf.at/news/stories/2937581/> (Zugriff 29.5.2019).
- 14 tirol.orf.at, 26.9.2018, <https://tirol.orf.at/news/stories/2937863/> (Zugriff 29.5.2019).
- 15 Plattform Bleiberecht Innsbruck, 23.9.2018, <https://plattform-bleiberecht.at/eine-ganze-stadt-gegen-eine-abschiebung/> (Zugriff 29.5.2019).
- 16 dolomitenstadt.at, 5.12.2018, <https://www.dolomitenstadt.at/2018/12/05/fall-magomedov-nasibat-und-ihre-toechter-reisen-aus/> (Zugriff 29.5.2019).
- 17 Ebd.
- 18 Vortrag von Margit Kreuzhuber bei der 9. Tiroler Integrationsenquete, 18.10.2018, https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/gesellschaft-soziales/integration/downloads/Enquete-Dateien_2018/Dokumentation_Enquete_2018/Dokumentation_Integrationsenquete_2018.pdf, S. 5–16 (Zugriff 21.7.2019).
- 19 Entschließungsantrag im Bundesrat „Ausbildung statt Abschiebung“ (255/A(E)-BR/2018), 8.11.2018, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/A-BR/A-BR_00255/imfname_720183.pdf (Zugriff 21.7.2019).
- 20 openpetition.eu, 6.6.2019, <https://www.openpetition.eu/at/petition/online/ausbildung-statt-abschiebung> (Zugriff, 21.7.2019).
- 21 tt.com, 17.11.2018, <https://www.tt.com/politik/landespolitik/15024896/telfer-wehren-sich-gegen-abschiebung-er-hat-in-heimat-keine-zukunft> (Zugriff 21.7.2019).
- 22 tt.com, 27.11.2018, <https://www.tt.com/politik/landespolitik/15058091/lehrling-droht-abschiebung-asyl-beamte-sagten-weihnachtsfeier-ab> (Zugriff 21.7.2019).
- 23 E-Mail von einer Unterstützerin von Abraham, Dokument liegt dem Verfasser vor.
- 24 derstandard.at, 27.5.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000103889129/tiroler-hotelier-be-kaempft-abschiebung-seines-lehrlings> (Zugriff 21.7.2019).
- 25 tirol.orf.at, 26.6.2019, <https://tirol.orf.at/stories/3001913/> (Zugriff 21.7.2019).
- 26 deutschlandfunk.de, 20.10.2018, https://www.deutschlandfunk.de/taliban-auf-dem-vormarsch-afghanistan-ist-gefaehrlicher.799.de.html?dram:article_id=431098 (Zugriff 29.5.2019).
- 27 tagesspiegel.de, 25.12.2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/anschlag-in-afghanistan-zahl-der-toten-bei-angriff-in-kabul-erhoeht-sich-auf-43/23797126.html> (Zugriff 29.5.2019).
- 28 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 27.3.2019, <https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/reiseinformation/land/afghanistan/> (Zugriff 29.5.2019).
- 29 Als Grundlage dafür diente die im Oktober 2016 zwischen der EU und Afghanistan abgeschlossene Vereinbarung „Joint Way Forward“. Dabei wurden eine generelle Rückkehrkooperation sowie die konkreten Modalitäten betreffend die Ausstellung von notwendigen Ersatzreisedokumenten (Heimreisezertifikaten) festgelegt. Parlamentarische Anfragebeantwortung 1792/AB vom 26.11.2018 zu 1770/J (XXVI.GP) vom Bundesministerium für Inneres, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB_01792/imfname_723596.pdf, S. 2 (Zugriff 29.5.2019).
- 30 sichersein.at, <https://www.sichersein.at/ist-es-sicher/unsicheres-afghanistan/> (Zugriff 29.5.2019).
- 31 kurier.at, 6.4.2018, <https://kurier.at/chronik/oesterreich/oesterreich-gross-angelegte-abschiebungs-aktion-im-laufen/400016968> (Zugriff 29.5.2019).
- 32 derstandard.at, 21.5.2019, <https://derstandard.at/2000103573532/Oesterreichs-Bevoelkerung-wuchs-auch-2018-Afghanen-trugen-nicht-dazu-bei> (Zugriff 29.5.2019).
- 33 meinbezirk.at, 27.5.2019, https://www.meinbezirk.at/innsbruck/c-lokales/freunde-demonstrieren-gegen-abschiebung_a3418824 (Zugriff 29.5.2019).
- 34 Afghanistan Migrants Advice & Support Org, 29.5.2019, <https://www.facebook.com/AmasoAfg/photos/a.1419588361404777/2519430278087241/?type=3&theater> (Zugriff 29.5.2019).
- 35 Bayerischer Flüchtlingsrat, 22.5.2019, <https://www.fluechtlingsrat-bayern.de/beitrag/items/pruegel-knabe-des-BMIs.html> (Zugriff 29.5.2019).
- 36 Plattform Bleiberecht Innsbruck, 30.5.2019, <https://plattform-bleiberecht.at/charter-abschiebung-demo-gegen-abschiebungen/> (Zugriff 21.7.2019).
- 37 derstandard.at, 5.6.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000104379860/hungerstreik-im-rueckkehrzentrum-des-BMIs-in-tirol> (Zugriff 17.7.2019).
- 38 Plattform Bleiberecht Innsbruck, 14.11.2014, <https://plattform-bleiberecht.at/asylwerberheim-buergele-kopf-in-ieberbrunn/> (Zugriff 17.7.2019).
- 39 tt.com, 16.6.2019, <https://www.tt.com/panorama/gesellschaft/15752140/hungerstreik-am-buergele-kopf-wir-wollen-leben-wie-menschen> (Zugriff 17.7.2019).

- 40 Plattform Bleiberecht Innsbruck, 17.7.2019, <https://plattform-bleiberecht.at/politischer-kampf-am-buerglkopf/> (Zugriff 17.7.2019).
- 41 Initiative Bürglkopf schließen, <https://www.facebook.com/buerglkopfschliessen> (Zugriff 17.7.2019).
- 42 FM4, 19.6.2019, <https://fm4.orf.at/stories/2987103/> (Zugriff 17.7.2019).
- 43 Ebd.
- 44 tt.com, 8.7.2019, <https://www.tt.com/politik/landespolitik/15832440/rueckkehrzentrum-buerglkopf-noch-zwei-personen-im-hungerstreik> (Zugriff 17.7.2019).
- 45 tt.com, 18.7.2019, <https://www.tt.com/politik/landespolitik/15866743/rueckkehrzentrum-buerglkopf-noch-ein-asylwerber-im-hungerstreik> (Zugriff 21.7.2019).
- 46 Initiative Bürglkopf schließen, <https://www.facebook.com/buerglkopfschliessen> (Zugriff 27.7.2019).
- 47 Initiative Bürglkopf schließen, 16.7.2019, <https://www.facebook.com/buerglkopfschliessen/photos/a.464583651021487/476551303158055/?type=3&theater> (Zugriff 17.7.2019).